

## Zur kritisch-alternativen Sicht der „Memorandum-Gruppe“ auf die ostdeutsche Entwicklung – Rückblick und Ausblick \*

### 0. Vorbemerkung

Elf Jahre nach der deutschen Einigung kann man der Bremer Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ („Memorandum-Gruppe“) eine Bilanz ihrer Arbeitsergebnisse zu den ostdeutschen Entwicklungsfragen zuerkennen, die für Außenstehende und Mitstreiter gleichermaßen von Interesse sein dürfte. Nachstehend ein knapper Versuch, diese Ergebnisse in Form eines Überblicks zu verdeutlichen und einige aktuelle Schwerpunktfragen aus meiner derzeitigen Sicht aufzugreifen.

### 1. Welche Themen zu Ostdeutschland hat die „Memorandum-Gruppe“ seit der staatlichen Einigung Deutschlands bearbeitet oder diskutiert?

#### 1.1 Rückschau auf wichtige Veröffentlichungen

Erste Reaktion auf den politisch eingeleiteten Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland war ein *Sondermemorandum* (1990), das zusammen mit der Langfassung des jährlichen *Memorandum* 1990 im April auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde (als „Memo-Forum“ Nr. 16).

Im ersten Jahr der Vereinigung (1991) zeichnete sich bereits deutlich ab, dass in den neuen Bundesländern ein historisch einmaliger, tiefgreifender wirtschaftlicher Rückschlag in der Industriestruktur und in der Wertschöpfung sowie eine komplexe gesellschaftlich-soziale Umbruchperiode eingeleitet wurden. Die Memo-Gruppe reagierte im November 1991 mit einem „Memo-Forum“ Zirkular Nr. 18 zu den Schwerpunkten der ostdeutschen sozialen Lage und zur Treuhand-Politik.

Im *Memorandum* 1992 „Gegen den ökonomischen Niedergang – für Industriepolitik in Ostdeutschland“ gab es fundierte Aussagen zu zahlreichen Themenkomplexen, darunter zur Treuhand-, Industrie-, Arbeitsmarkt-, Lohn-, Sozial- und Subventionspolitik.

Im Vorfeld dieser Analyse hatten zwei wichtige Buchveröffentlichungen von drei Autoren aus der Memo-Gruppe bereits zahlreiche Fragen, darunter auch grundlegende Prozesse der ostdeutschen Transformation, kritisch untersucht und alternative Antworten erarbeitet. Es waren von **Jan Prieue/Rudolf Hickel** „*Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*“, Sachbuch Fischer 1991 sowie von **Herbert Schui**, „*Die ökonomische Vereinigung Deutschlands. Bilanz und Perspektiven*“, Distel Verlag 1991. Diese beiden Bücher erwiesen sich als tiefe und weitsichtige Analysen mit alternativen Aussagen zur Politik, die sich sogar nach zehn Jahren noch als außerordentlich lesenswert und problemnah empfehlen.

Im 1993 veröffentlichten *Memorandum* „Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau – Industrielle Kerne sichern“ war wiederum ein Kapitel mit dem ökonomischen Niedergang Ostdeutschlands und der erforderlichen Industriepolitik befasst. Neben einer Analyse des Standes gab es darin alternative Vorschläge zur Wirtschaftspolitik und zur Finanzierung des Aufbaus Ost.

---

\* Für diese Darstellung stütze ich mich auf offizielle Materialien der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Bremen), auf frühere Veröffentlichungen von Autoren der Memorandum-Gruppe, auf eigene Veröffentlichungen und auf weitere zitierte oder angeführte Literatur. Für den Inhalt dieses Beitrages und besonders für seine Wertungen bin ich allein verantwortlich. *Der Autor*.

Im „Memo-Forum“ Zirkular Nr. 22 (November 1994) stand als Schwerpunktthema: „Entwicklungstendenzen in den neuen Bundesländern“. Hier wurden insbesondere Fragen eines industriellen „Aufschwungs Ost“, der sozialen Lage ostdeutscher Frauen und der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung sowie regionale Entwicklungsfragen untersucht.

Ebenfalls im Jahre 1994 folgte das Buch der beiden Autoren aus der Memo-Gruppe **Rudolf Hickel/Jan Priewe** „*Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*“, S. Fischer 1994. Hier wurde die ostdeutsche Entwicklung generell im engen Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Lage und gesamtdeutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik untersucht, ein Vergleich optimistischer und realistischer Prognosen für West- und Ostdeutschland erarbeitet, eine Strategie für innovative Re-Industrialisierung in Ostdeutschland und alternative Positionen in den wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern herausgearbeitet. Dieses Buch blieb für längere Zeit in Grundaussagen *richtungsgebend* für die Alternativpositionen der Memo-Gruppe.

In den nachfolgenden Memoranden ab 1994 finden sich Kapitel und Abschnitte, die den aktuellen Stand und die weiteren Maßnahmen beim „Aufbau Ost“ kritisch analysieren und fortführen. Zahlreiche Sachkomplexe wurden erörtert und alternative Chancen kritisch bewertet. Hierbei standen auch finanzpolitische Probleme der Transfers und ebenso Alternativen in der Steuerfinanzierung zur Diskussion. Die Stichworte/Fundstellen zu einzelnen Sachthemen können der aufgliedernden und zeitlichen tabellarischen Übersicht gemäß *Anhang 1* entnommen werden.

Das *Memorandum 1995* analysierte die Grundzüge der eingetretenen Lage vor allem im industriellen Bereich, stellte die endgültige Herausbildung einer westdeutschen Ableger- bzw. Dependenzökonomie nach der Beendigung der THA-Ära fest und wies auf die strukturellen Defizite in vielen Bereichen hin. Die grundlegende Handlungsfelder zur Gewinnung eines hohen Wirtschaftswachstums Ost wurden in der Erneuerung des zerstörten F & E-Potentials und im Aufbau eines innovativen Exportsektors gesehen. Wiederum beenden alternative Maßnahmevorschläge an die Bundesregierung das aussagereiche Kapitel.

Im *Memorandum 1996* findet sich eine komplexe Darstellung der ostdeutschen Situation im *fünften Jahr* nach der Vereinigung, die eine komprimierte Bilanz der sozialen und ökonomischen Entwicklung bietet und auch die Transformation in der Landwirtschaft bewertet.

Im „Memo-Forum“ Zirkular Nr. 24 (September 1996) wurden u.a. die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland einer kritischen Analyse unterzogen und alternative Vorschläge unterbreitet.

Das *Memorandum 1997* thematisiert den Übergang zur Verlangsamung des ostdeutschen Wachstumstempos ab 1996 – eine Zäsur in der weiteren Entwicklung. Die damit entstehende veränderte Perspektive für die gesamtdeutsche Lage und die Finanztransfers West/Ost fanden eine prinzipielle Bewertung. Die negativen Rückkopplungen der ostdeutschen Situation auf Westdeutschland fanden ihre folgenschwere Voraussage.

Im *Memorandum 1998* wurde diese Sichtweise ausgebaut und systematisiert, die Ausweglosigkeit der bisherigen Politik für einen Aufholprozess in Ostdeutschland wurde erhärtet und die Ansätze für eine neue Wirtschaftspolitik in Schwerpunkten dargelegt.

Das *Memorandum 1999* fiel in seiner Vorbereitungsphase in eine Zeit hoffnungsvoller rein politischer Erwartung eines notwendigen Aufschwungs für Ostdeutschland. Daher wurde wiederum in einer Bestandsaufnahme zur „Nachhaltigen Rückständigkeit“ in Ostdeutschland das Wirtschaftswachstum der zurückliegenden Periode erörtert und differenziert nach branchenmäßigen Potentialen eingeschätzt. Die Prioritäten einer alternativen, nun politisch günstigeren Wirtschaftspolitik Ost wurden zu einem Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorgestellt, als

sich die politische Situation plötzlich im April 1999 (Abgang von O. Lafontaine) wiederum auch für Ostdeutschland aus innerdeutscher Sicht verschlechterte.

In der Arbeit der Memo-Gruppe hatte sich schrittweise die Beteiligung von ostdeutschen Mitstreitern für die Analyse der komplexen Situation Ost verstetigt und konnte mit differenzierten Erkenntnissen u.a. zur ökonomischen Analyse, zur Erreichung eines echten Aufholprozesses und zum „selbsttragenden Aufbau Ost“ kritisch in die perspektivische Sichtweise einfließen. Namentlich sind hier vor allem *Irene Gallinge, Reinhold Kowalski, Wolfgang Kühn, Ursula Schröter und Klaus Steinitz* anerkennend für ihre langjährige Mitarbeit zu erwähnen. Dazu trugen auch einige Veröffentlichungen in Zeitschriften zu den entscheidenden alternativen Entwicklungsfragen Ost bei. (Siehe z. B. auch: Literaturauswahl.)

Das „Memo-Forum“ Zirkular Nr. 27 (März 2000) brachte mehrere ausführlichere Einzelbeiträge zum Schwerpunktthema „Zehn Jahre Aufbau Ost“, in denen einige Kernfragen ausführlicher dargelegt und begründet wurden. Es enthielt Beiträge zu den Themen der „selbsttragenden Entwicklung“, zur industriellen Basis und zur Unternehmensentwicklung, zur regionalen Differenzierung und zu sozialen Problemen sowie zur Landwirtschaft.

Das *Memorandum 2000* rekapitulierte *nach 10 Jahren Vereinigung* in Schwerpunkten den erreichten Entwicklungsstand Ost und stellte wiederum fest „Der Aufschwung findet nicht statt“. Neben den Ursachen der Fehlentwicklung aus rückblickender Sicht wurde eine regionalwirtschaftliche Analyse in die differenzierte Wertung der Lage einbezogen und der Stand der Niveauangleichung belegt. Das alternative wirtschaftspolitische Konzept für einen Aufschwung Ost wurde hier ausführlicher entwickelt, zumal die Schröder-Regierung hierfür noch keine überzeugende Initiative und Konzeption erkennen ließ.

Das *Memorandum 2001* brachte ein Kapitel zum aktuellen „Finanzausgleich Ost“ und fasste die vorliegenden Forschungsergebnisse im Vorfeld der Verhandlungen zum Solidarpakt II (ab 2005) zusammen. Ostdeutsche Teilfragen wurden erstmals in die anderen thematischen Kapitel integriert und unter Beachtung der innerdeutschen Aspekte beleuchtet. Auf dem Hintergrund der langjährigen Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet bei der innovativen Strukturänderung von Wertschöpfung und Beschäftigung gelang auch ein erfahrungsbezogener Ausblick auf die ostdeutsche (Unter-)Entwicklungsproblematik.

Besonders ist auf die langjährige kritische Publikationsarbeit von **Rudolf Hickel** auch in zahlreichen Einzelbeiträgen von Zeitschriften sowie in Sammelbänden hinzuweisen, in denen wiederholt Probleme und Aspekte der Vereinigungsökonomie in ihren verschiedenen zeitlichen Entwicklungsphasen untersucht und die Chancen des weiteren Angleichungsprozesses bewertet wurden.

Schließlich ist auf die bereits mehrjährige und zunehmende Nutzung des *Internets* in Form der „Memo-Homepage“ hinzuweisen. Als Info-Medium und als spezielle öffentlich zugängliche Diskussionsplattform für aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sie eine rasche und aufwandsarme Darstellung bestimmter Sachthemen ermöglicht. Zu Ostdeutschland gibt es hier eine eigene Rubrik mit kritischen Beiträgen. Auch wichtige Verknüpfungen zu anderen sozialkritischen Internetseiten sind zu finden.

Diese knappe Rekapitulierung wesentlicher Veröffentlichungen der zurückliegenden Periode seit der deutschen Vereinigung soll aber nicht abgeschlossen werden, ohne wenigstens auf zwei *Kernfragen* näher einzugehen, die schon 1991 dargelegt wurden und die sich als *verdeckte Zentralprobleme* des ostdeutschen industriellen Aufholprozesses erwiesen.

## 1.2 Eine frühe Perspektivanalyse (1991) für Ostdeutschland

Wie zuvor erwähnt, hatte **Herbert Schui** seine spezielle Studie zur ökonomischen Vereinigung Deutschlands im Jahre 1991 <sup>1</sup> vorgelegt, darin u.a. eine Perspektivanalyse für Ost-

deutschland aus kritischer Sicht eines Volkswirtschaftlers. Es lohnt sich m. E. gerade gegenwärtig einige seiner wesentlichen Überlegungen rückblickend kurz zu rekapitulieren.

### 1.2.1 Zur Sicht auf die voraussichtliche Industrieentwicklung Ost

Um die Chancen für expansive Industrieentwicklung Ost im Kontext westdeutscher Kapitalinteressen zu bestimmen, zog Schui deren ökonomische Grundorientierung auf den EU-Binnenmarkt in Betracht. “Das Interesse der westdeutschen Unternehmen zielt darauf ab, in der EG weiteres Terrain dazuzugewinnen... Konsequenter Weise nimmt das Engagement in Ostdeutschland die zweite Priorität ein.” Aus dieser “Abstinenz der westdeutschen Wirtschaft” leitete er die Gefahr ab, dass eine “Industrialisierung durch den Westen des Landes” eine unsichere Aussicht bleibt und *“kein Grund zu der Annahme, daß dies tatsächlich der Fall sein wird”*, bestehe.

Diese Sicht wurde durch den Verweis gestützt: “In der Wirtschaftsgeschichte gibt es nicht wenig Beispiele, in denen ein Wirtschaftsgebiet endgültig verödete.” Die folgenden Jahre nach der Vereinigung haben diesen befürchtenden Einwurf Schui’s für den industriellen Sektor Ost bis heute nicht entkräften können. Industrieproduktion und industrieller Arbeitskräftebesatz liegen in den neuen Bundesländern immer noch weit unter dem DDR-Niveau, zumal die erste Welle der exogen finanzierten Industrie-Investitionen ab 1995 rückläufig, zumindest abgeflacht ist.

Zu diesem westdeutschen “Interessen-Komplex“ nun die fast prophetischen Worte Herbert Schui’s: “Sinkt nun in Zukunft die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus konjunkturellen Gründen (hierin eingeschlossen die Exportgüternachfrage des Auslandes) und weil eine Minderung der hohen Staatsdefizite unvermeidlich wird (was ebenfalls die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verringert), so sinkt damit auch das Interesse der westdeutschen Industrie, durch Investitionen im Osten weitere Kapazitäten zu schaffen. Vielmehr werden befriedigende Resultate aus ihrer Sicht bereits dann erzielt, wenn es gelingt, die westdeutschen Kapazitäten einigermaßen auszulasten.”

Dieses “sinkende Interesse” brachte sodann in der Krise von 1993/94 auch Kohls verheißene “blühende Landschaften” rasch zum scheitern, wodurch der Stab über dessen Hoffnung für die ostdeutsche “Vereinigungsökonomie” durch die Märkte selbst gebrochen wurde. Für die unter THA-Regie liquidierten ostdeutschen Industriekapazitäten mit überregionaler Marktproduktion fehlten nicht in erster Linie westdeutsche private Finanzierungspotentiale, sondern ganz einfach der erforderliche Markt schlechthin: der war inzwischen von wettbewerbsstarken Westunternehmen besetzt. Hierzu passt Schui’s klare, aber folgenreiche Feststellung, wonach **“der Gesamtnachfrage entsprechende Kapazitäten im Westen bestehen.”**

Als **Alternative** zu dieser Verdrängungs-Konsequenz verwies Schui dann auf “einen weitreichenden Entwurf systematischer, aktiv eingreifender und gestaltender Wirtschaftspolitik” durch den Staat. “Also Abkehr von der Grundvorstellung, daß der Markt als Regelwerk für den ökonomischen Prozeß bei allen Aufgaben überlegen sei.” Damit stellte er “den Zusammenhang von Staat und Wirtschaft insgesamt” zur Diskussion.

Und: “Es führt kein Weg daran vorbei: die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft muß politisch betrieben werden... Die Angelegenheit ist eine gesellschaftliche, sie kann nur unter Einbeziehung aller involvierten gesellschaftlichen Kräfte und Einrichtungen angegangen werden.” Wie die Bundesregierung aber dazu stand, kommt wohl in jenem bekannten Ausspruch von Ex-Minister Rexrodt am klarsten zum Ausdruck: “Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht!”

Damit war im Kern die **Tragik** der erfolgsschwachen Vereinigungsökonomie Kohls bloßgelegt, die sich in der Folgezeit nicht überwinden ließ. Die westdeutsche Industrie drängte in

den Jahren nach der Vereinigung mit ihrem überwiegenden Teil des freien Investitionspotentials nicht in die neuen Bundesländer, sondern in den ausländischen Direktexport. "Engagieren sie sich nicht oder weniger, verlieren sie gegenüber ihren Konkurrenten. Dies auch, wenn sie ihr Engagement hinauschieben," erkannte Schui diese unternehmerische Haltung völlig sachgerecht - wie die spätere Entwicklung schlagend bewies.

Im Jahre 1991 wurde von verschiedenen Forschern der künftige Investitionsbedarf der ostdeutschen Wirtschaft abgeschätzt, deren Ergebnisse von Schui herangezogen wurden. Er fußte dabei auf einer Höhe des künftigen Netto-Investitionsbedarfs von 1991 bis 2000 für die ostdeutsche Wirtschaft von etwa zwei Billionen DM, darunter ca. 500 Mrd. DM im Infrastrukturbereich und ca. 500 bis 600 Mrd. DM in Industrie und Bauwesen.

Für die Jahre 1991 bis 1995 basierte Schui daher im Bergbau, im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft auf hohen privaten Investitionen, die er "äußerstenfalls bei 94 bis 108 Mrd. DM jährlich" vermutete. Wie die spätere faktische Entwicklung zeigte, wurden aber im gesamten Produzierenden Gewerbe in dieser Zeit immer weniger als 45 Mrd. DM jährlich investiert. Ab 1995 gingen die faktischen Investitionen in diesem produzierenden Bereich schon von Jahr zu Jahr wieder relativ zurück. Im gesamten Unternehmensbereich Ost überstieg der relative Anteil westdeutscher und ausländischer Investitionen bis 1995 nicht die mittlere Höhe von 43 %, darunter im Verarbeitenden Gewerbe nicht die Höhe von 63 %.<sup>2</sup>

Hier bestätigten sich zuvor zitierte Befürchtungen von Schui bezüglich der speziellen Interessenlage westdeutscher Unternehmen, denn die deutschen Direktinvestitionen im Ausland lagen z.B. in den Jahren 1996 bis 1998 schon insgesamt 2,6-fach höher als die gesamten Investitionen im Produzierenden Gewerbe Ost (aus allen Quellen).<sup>3</sup>

Damit bleibt auch eine weitere Voraussage von Schui akut: "Geht die Politik dagegen die Aufgabe der Schaffung von Einkommen durch Produktion nicht an, so besteht der einzige Ausweg darin, durch fiskalische Tricks sich mehr schlecht als recht aus der Affäre zu ziehen ... mit gravierenden gesellschaftlichen Problemen in beiden Landesteilen." Die Alternative hierzu aber erfordert Investitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost: „*Nur diese gewerblichen Investitionen können aber im Kontext eines industriestrukturpolitischen Konzeptes Produktion und Einkommen in Ostdeutschland erhöhen und damit die Transferausgaben und Haushaltsdefizite mindern.*" (Hervorhebung von mir - K. M.)

An diesem Punkt ist die Politik nunmehr nach mehr als zehn Jahren konkurrenzharter Markt-Implantation in den neuen Bundesländern angelangt. Bundeskanzler **Schröder** erklärte vorsorglich seine Grundlinie einer weiteren Wirtschaftsförderung Ost nach dem Jahre 2004 als abhängig von der haushaltsmäßigen Konsolidierung des mit 1,5 Billionen DM hochverschuldeten Bundes.

Es blieb nicht aus, dass aus dem Stand Mitte 1991, also zum Zeitpunkt der Arbeit von Herbert Schui an seinem zitierten Buch, die wahren Ausmaße der bevorstehenden De-Industrialisierung Ost noch nicht absehbar waren. So ist auch folgende Erwartung zu erklären: "Markt und Konkurrenz werden erzwingen, daß die Arbeitsproduktivität im Osten schließlich das westdeutsche Niveau annimmt..." Ein solches Marktergebnis ist aber danach bis heute nicht erreicht worden, bezogen auf das industrielle Durchschnittsniveau Ost. Zehn Jahre nach der Vereinigung liegt die industrielle Produktivität in den neuen Bundesländern noch bei 2/3 des Westniveaus.

Allerdings zeigte Schui sofort hierzu die relativierende Prämisse mit der Fragestellung "wieviel Produktionskapazität nach der (THA-)Modernisierung verbleibt. *Greift die Politik nicht ein, wird wenig übrigbleiben: die Produktionsstandorte werden sich dann auf Westdeutschland konzentrieren.*" So kam es dann auch in wichtigen Branchen des Verarbeitenden Gewebes Ost, in denen sich eine starke De-Industrialisierung vor allem im früheren Exportsektor vollzog.

### 1.2.2 Zur Sicht auf den Arbeitsmarkt Ost

Neben den Chancen der ostdeutschen Modernisierung und Re-Industrialisierung analysierte Herbert Schui die Aussichten für den ostdeutschen Arbeitsmarkt in volkswirtschaftlich-genereller Art. Hierzu unterschied er zwei unterschiedliche Szenarien: Erstens, nach Wiederanstieg von Bruttoinlandprodukt und industrieller Produktion auf das Ausgangsniveau vor der Vereinigung 1989 und zweitens, solange dieses Niveau um 30 % niedriger (1991) verblieb.

Beide Szenarien bildeten einen "Entwicklungskorridor", innerhalb dessen die spätere reale Situation sich bewegte. Heute ist hier vor allem die "optimistische" Variante von Interesse. Schui schrieb hierzu: "Würden das Bruttoinlandprodukt und die industrielle Produktion wieder auf das Niveau von 1989 ansteigen ... so ergibt sich eine Erwerbslosigkeit von insgesamt 4,3 Millionen Personen, davon 1 Million im öffentlichen Dienst und 3,325 Millionen Personen im nicht-staatlichen Bereich. Dies gilt für einen Entwicklungsstand, in dem die Modernisierung insofern abgeschlossen ist, als das westdeutsche Niveau (der Modernität des Kapitalstocks) in etwa erreicht ist; nicht erreicht ist dagegen das westdeutsche Niveau der Pro-Kopf-Produktion."

Hiernach gehen also prognostisch bis zu 4,3 Mio. Arbeitsplätze schon auf diesem (als Messpunkt fixiertem) früheren Produktionsniveau von 1989 gleichsam **endgültig** verloren. Hierzu folgt der aus westdeutschen Erfahrungen abgeleitete Hinweis, "daß das, was an Beschäftigung durch das Wirtschaftswachstum dazu gewonnen wird, wegen steigender Arbeitsproduktivität und einer wachsenden Zahl Arbeitssuchender wieder verloren geht." Dieses "Grundmuster" würde dann für die ostdeutsche Region wirksam werden. („Beschäftigung“ hat hier nichts mit den tatsächlich statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen zu tun, für die Schui eine ausführliche arbeitsmarktpolitische Maßnahme-Begründung gibt.)

Da in der Folgezeit das tatsächliche Niveau der industriellen Produktion Ost **unter** Schui's Angleichungs-Prämisse blieb und der tatsächliche zeitgleiche Beschäftigungsverlust sich auf exakt 4,0 Millionen Arbeitsplätze Ost belief, läßt die Korrektheit der niederdrückenden Arbeitsplatzvorhersage Schui's wohl kaum zu wünschen übrig. Sie zeigte schon 1991 klar und desillusionierend die Folgen der Vereinigungsökonomie nach Kohlscher Art für die negativ betroffenen Millionen ostdeutschen Arbeitsplatzverlierer, darunter der endgültig vom Arbeitsmarkt Verdrängten.

Herbert Schui wertete die Freisetzung von mehr als 4 Millionen Beschäftigten unter **sozial-politischem** Aspekt wie folgt: "Denn neu ins politische Kalkül treten all jene Ostdeutschen, die bei der Vereinigung um die Erwartung eines besseren Lebensstandards betrogen worden." Im Rückblick zeigt sich hier eine Wurzel für jene fälschlicher Weise als "Ostnostalgie" bezeichnete Befindlichkeit und emotionale Dissonanz, die jetzt immer wieder zu politisch-psychologischen (Fehl-) Deutungen führt. Sie resultiert aber tatsächlich aus dem verbreiteten Unverständnis dafür, "daß eine formale staatliche Vereinigung nicht zu einer ökonomischen Gleichstellung führt", wie Schui in sachlich-korrektur Sichtsweise anmerkt.

Aber Schui kennt auch "seine Pappenheimer": "Zur schwer voraussagbaren politischen Attitüde derer, die nun frei und arbeitslos sind, addiert sich der Groll der Westdeutschen, denen 'finanzielle nationale Solidarität' abverlangt wird in Form höherer Abgaben und Steuern, ein Erfordernis, das ja im Wahlkampf Ende 1990 von der Regierung heftig bestritten wurde." Dieser "Groll der Westdeutschen" rumort nun seit Jahren durch die politische Landschaft im vereinigten Deutschland und führte immer wieder zu eruptiven Attacken gegen weiterhin notwendigen finanziellen Transfers West/Ost, die als **Dauerlast** der Vereinigung erscheinen.

## **2. Welche Bilanz zieht die „Memorandum-Gruppe“ zur aktuellen ostdeutschen Entwicklung?**

### **2.1 Gesamteinschätzung**

Der weltpolitische Umbruch der Jahre 1989/91 leitete die politische und ökonomische Transformation aller europäischen Staaten des Realsozialismus in die globale Marktwirtschaft ein. Für Deutschland ergab sich die Chance einer politischen und ökonomischen Vereinigung in der besonderen Form der staatlichen Angliederung (Beitritt) und (im Übergang hierzu) der wirtschaftlichen Sofort-Integration des ostdeutschen Territoriums in die Bundesrepublik nach einer 1990 vollzogenen Währungsunion. Allerdings baute diese Chance mehr auf dem wirtschaftlichen „Desaster aus dem plötzlichen Währungsschock“ und auf der Zerstörung von bisherigen stoffwirtschaftlichen und Eigentumsstrukturen als auf einer Nutzung von vorhandenen zukunftsfähigen Entwicklungspotenzialen in Ostdeutschland auf. Das zeigt sich insbesondere an der schroffen Implosion der regionalen und besonders der industriellen Wertschöpfung im Zuge der begonnenen Transformation und der hochgradigen Zerschlagung kreativer F & E- Potentiale.

Ein gesellschaftlicher Diskurs über die Neugestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse – wie ihn das westdeutsche Grundgesetz vorschrieb – war seitens der Bundesregierung ohnehin praktisch nicht erwünscht. Die marktradikale Politik des wirtschaftlichen Anschlusses der DDR und die nachfolgende Transformationspolitik führten rasch zu einer Entwertung vorhandenen Humankapitals durch einen Abbau der einheimischen wirtschaftlich-industriellen Fachkräfte und einen breiten West-Ersatz bis hinab zum Mittelbau der gesellschaftlichen Führungskräfte. Die gilt in hohem Maße auch für den Bildungs- und Hochschulbereich und die akademische Forschung.

Es entstanden eine im industriellen Sektor angesiedelte Dependenzökonomie westdeutscher Industriekonzerne, eine betriebliche Kleinststruktur im Verarbeitenden Gewerbe, eine dominante westdeutsche oligopolistische Marktbeherrschung und eine anhaltende regionale Abhängigkeit von den hohen staatlichen West-/Ost-Finanztransfers. Die De-Industrialisierung der ostdeutschen Länder war tiefgreifend und erwies sich als langanhaltend mit bleibenden Folgen für den Arbeitsmarkt.

Zur Bilanz von zehn Jahren deutscher Einheit zählt eine in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts extrem hohen Massenarbeitslosigkeit von real weit über einem Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung in Ostdeutschland. Frühe Versprechungen und Zeitpläne der konservativ-liberalen Bundesregierung – blühende Landschaften, Angleichung der Lebensverhältnisse in drei bis vier Jahren, Finanzierung des Transformationsprozesses aus der Portokasse – hatten sich als illusorisch erwiesen. In Ostdeutschland vollzog sich ein einmaliger Einbruch in der Wirtschaftsgeschichte, der im industriellen Sektor immer noch nicht durch innovative Rekonstruktion aufgeholt werden konnte. Die hohe Produktionslücke zwischen Eigenerzeugung und regionalem Endverbrauch in Höhe von jährlich mindestens 220 Mrd. DM zeugt vom defizitären Leistungsstand der ostdeutschen Region. Die volkswirtschaftliche Produktivitätslücke von 23 % (2000) verfestigt auch die noch viel zu hohe Einkommenslücke je Beschäftigten von 32 % im Vergleich zu Westdeutschland.<sup>4</sup>

Die Aufgabe, die Situation in den neuen Bundesländern wieder zu verbessern, hatte Kanzler Schröder 1998 zur „Chefsache“ erklärt. Zur Zwischenbilanz rot-grüner Regierungspolitik gehört jedoch, dass sich der „Absturz Ost“ fortsetzt: „Seit 1998 ist die Arbeitslosenquote im Osten vom 1,8-fachen ... auf das 2,3-fache der Arbeitslosenquote im Westen gestiegen.“ „Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Osten sank seit 1998 um weitere 200.000, erstmals unter fünf Millionen.“ „Die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im Oktober 2000 um fast zehn Prozent höher als im Oktober 1998.“ „150.000 Arbeitslose sind unter 25 Jahre alt. 15 Prozent mehr als 1998“ – so die „unbequemen“ Feststellungen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse.

Von einem „Aufholprozess“ Ostdeutschlands kann seit 1996 keine Rede sein. Dies verhindern die kumulativ abgesunkenen Wachstumsraten der Wertschöpfung Ost. Die Schere zwischen West und Ost im volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen öffnet sich zwischenzeitlich weiter. Die Folge ist u.a. eine Abwanderung vor allem junger Menschen aus den neuen in die alten Bundesländer. Zehn Jahre nach dem Anschluss sind die Bevölkerungsverluste im Osten der Republik quantitativ wieder steigend, strukturell belastend und verringern die innovativen und Wachstumspotentiale dieser „Unterentwicklungsregion I“ der EU.

Eine Politik der „Angleichung“ der Einkommens- und Lebensverhältnisse, wie sie die Gewerkschaften zunächst tarifpolitisch versuchten durchzusetzen, stößt längst nicht nur bei Arbeitgebern, sondern in der gesamten politischen Klasse und medialen Öffentlichkeit auf skeptischen bis hartnäckigen Widerstand. Mehr noch: Diese faktischen sozialen Integrationsmittel der Einkommenspolitik werden umgedeutet zu einer Ursache für die Probleme Ostdeutschlands.

Weil die finanziellen konsumtiven Transfer-Belastungen (infolge einer historisch schon gescheiterten marktradikalen und neokonservativen Anschlusspolitik) immer noch hochanteilig über die Sozialkassen abgewickelt werden, ist auch *nach einem Jahrzehnt* deutscher Einheit offenbar kein Anlass für eine tiefgreifende Neuordnung im Sinne eines gesellschaftlichen Lastenausgleichs „von oben nach unten“ geboten. Sozialpolitik wird statt dessen politisch instrumentalisiert zum Abbau eines angeblich gesamtdeutsch „zu teuer gewordenen Sozialstaats“.

Weil der „Aufholprozess“ seit 1996 stagniert, ist bereits eine fünfjährige Periode des relativen weiteren Zurückbleibens der ostdeutschen Region zu verzeichnen. Das bedeutet: seit Beginn der Vereinigungsökonomie hat die zweite Hälfte des zurückliegenden Jahrzehnts keinen steigenden volkswirtschaftlichen *Angleichungsstand* mehr erbracht. Ostdeutschland liegt zudem hinter den anderen EU-Staaten am Ende der Leistungsskala im BIP/je Kopf sehr deutlich zurück.

## **2.2 Zu einigen Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung**

Trotz massiver staatlicher Förderung hat die ostdeutsche Wirtschaft bisher nur rund 68 % des westdeutschen volkswirtschaftlichen Produktivitätsniveaus je Erwerbstätigen und 61 % je Einwohner (gemäß Tabelle 3, Anlage) erreicht. Nach größeren Fortschritten hierbei in der Annäherung bis 1995 verlangsamte sich das Tempo danach drastisch, ja es stagnierte sogar in den letzten neunziger Jahren.

Oft wurde vermutet, dass vor allem eine mangelhafte Modernisierung im Kapitalstock, verbunden mit ungenügender Qualifikation der Erwerbstätigen, die Hauptursachen für den allgemeinen hartnäckigen Produktivitätsrückstand bilden. Die Kapitalintensität lag 1998 in der gewerblichen Wirtschaft nur bei 76 % des westdeutschen Niveaus.<sup>5</sup> Überwiegend aber erklärt sich dieser Rückstand aus der nach 1991 entstandenen Kleinstruktur der ostdeutschen Wirtschaft: fast keine Großbetriebe, keine Konzernzentralen mit entsprechenden Logistik-Zentren, F & E-Zentralen usw. Ein Vergleich aber zwischen gleichstrukturierten Betrieben in West- und Ostdeutschland zeigt, dass es hier gegenwärtig kaum noch Unterschiede in den Produktionsausrüstungen gibt. In einigen Industriezweigen ist die Kapitalintensität gegenwärtig höher als im Westen (z. B. Chemie, Mineralölverarbeitung, Holzgewerbe, Glas, Keramik, Steine und Erden).<sup>6</sup> Sicher einerseits ein Erfolg der großzügigen staatlichen Subventionen an die Investoren, aber andererseits auch Folge der Tatsache, dass in diesen Branchen einige wenige Großbetriebe in der viel zu geringen Gesamtzahl der Unternehmen bereits die Kennzahlen statistisch verbessern.

Die Analyse des formalen Ausbildungsniveaus der Erwerbstätigen zeigt, dass es in Ostdeutschland (immer noch) relativ mehr Fach- und Hochschulabsolventen gibt als im Westen. Zugleich ist auch der Anteil von Erwerbstätigen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung deutlich geringer als im früheren Bundesgebiet.<sup>7</sup> Da in den neuen Ländern sowohl Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich als auch mit „höherwertigen Anforderungen“ (F&E-Abteilungen, leitendes Mana-



gement) gegenüber Westdeutschland erheblich schwächer angesiedelt sind, ergibt sich bisher kein „angebotsseitiger“ Mangel an Fachkräften, vielmehr erforderten die „bestehenden Arbeitsplätze geringere Qualifikationen als sie die Beschäftigten aufweisen“. <sup>8</sup>

Die ungünstige Betriebsgrößenstruktur drückt erheblich auf das ostdeutsche industrielle Produktivitätsniveau. Im Jahre 1999 gab es im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands 120 Betriebe ab 500 und mehr Beschäftigten, also „Großbetriebe“, im Westen dagegen 1.908. Die Produktivität in Großbetrieben liegt deutlich höher als in jenen Klein- und Mittelunternehmen (KMU), die im Osten dominieren. <sup>9</sup> Hätte es 1999 in Ostdeutschland die gleiche Größenstruktur der Betriebe gegeben wie im Westen, so hätte das Produktivitätsniveau im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, berechnet mit der tatsächlichen ostdeutschen Produktivität in diesem Jahr, schon bei 89 v.H. der westdeutschen gelegen, statt real bei 74 v.H. <sup>10</sup> Der Mangel an Großbetrieben erkläre zugleich auch „die geringen Kapitalintensitäten oder die Schwierigkeiten auf den Absatzmärkten“. <sup>11</sup> Allerdings ist hier darauf zu verweisen, dass diese Strukturnachteile der ostdeutschen Wirtschaft die nachhaltigen Folgen des spezifischen Transformationsprozesses seit 1991 sind.

In IHW-Studien werden weitere wesentliche Faktoren analysiert, die sich auf die Produktivität auswirken wie: die Innovationsintensität, die Kooperation und Vernetzung, die Spezialisierungsmuster, die Absatz- und Einkaufspreise ostdeutscher Betriebe, wie auch die unterschiedlichen Branchenstrukturen in Ost- und Westdeutschland.

Um weiter aufzuholen, vor allem auch im Einkommensniveau der Erwerbstätigen (siehe Tabelle 2, Anhang), das auch eine Funktion der Produktivität darstellt, ist objektiv ein komplexer Strukturwandel der ostdeutschen Wirtschaft notwendig. Nicht schlechthin nur ein kräftiger Zuwachs an Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen, diese müssten sich vielmehr in den F&E-intensiven Bereichen ansiedeln und zu Großbetrieben mit bedeutenden Exportquoten und schließlich beachtlichen Innovationsrenditen anwachsen. Es müssen sich Kompetenz- und Produktionszentren bilden, die Unternehmen mit höherwertigen Dienstleistungsunternehmen integrieren und komplexe Standorte bilden. Ein solcher Strukturwandel ist aber im Rahmen der bisherigen Förderung trotz hoher Subventionen, als überwiegend marktsponantes Ereignis nur langsam möglich oder weniger wahrscheinlich. Es gibt auch internationale Erfahrungen, die zeigen, dass in verfestigten nationalen Unterentwicklungsregionen weltweit „selbst dauerhafte Produktivitätsunterschiede nicht auszuschließen sind“. <sup>12</sup>

„Die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik, zum Abbau der Produktivitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland beizutragen, dürfen aber nicht überschätzt werden.“ <sup>13</sup> Die gilt jedoch nur dann, wenn sie sich nicht aus den Fesseln des Neoliberalismus befreit. Alternative Vorschläge für eine zielgenauere, wirkungsvollere Wirtschaftspolitik liegen seit langem bereit und warten auf ihre Realisierung. <sup>14</sup>

### **2.3 Zu neuen Legenden über Investitionen**

Die Bundesregierung unter Schröder hat sich seit Beginn ihrer Legislaturperiode gegenüber Ostdeutschland zu einer forcierten, effektiveren Strategie der Wirtschaftsentwicklung nicht durchringen können, begleitet von ihrer erklärten Unwilligkeit oder Unfähigkeit zur Übernahme der politischen Initiative für die Strukturpolitik Ost. Statt dessen duldet oder befördert sie neue „verklärende“ Legenden über angeblich befriedigende Investitionsprozesse in den neuen Bundesländern, die auf einseitigen Deutungen von Fakten beruhen. Hier einige solcher Stichworte oder Beispiele:

1. Zur Behauptung, dass in Ostdeutschland deutlich mehr als in Westdeutschland investiert wird. Diese undifferenzierte Sicht besagt zunächst nichts über die Tendenz in der Investitionsstruktur zwischen Ausrüstungen und neue Anlagen sowie Bauten. Sie besagt auch nichts

darüber, ob diese Investitionen auf einen *hinreichenden* ostdeutschen Wachstumspfad („Überholpfad“) einschwenken oder nicht.

Den primären Wertschöpfungsprozess tragen bekanntlich die Ausrüstungsinvestitionen und neuen Anlagen. Für das Jahr 2000 liegen regierungsoffizielle Daten vor, nach denen ein weiterer Rückgang der gesamten *Ausrüstungsinvestitionen* je Einwohner auf 87,2 % (!) des westdeutschen Vergleichsstandes zu verzeichnen ist.<sup>15</sup>

Je Einwohner lagen diese *Ausrüstungs- und neuen Anlageinvestitionen* Ost seit 1998 und 1999 **unter** den westdeutschen, was mit Einschluss des Jahres 2000 überhaupt nicht auf einen weiteren stetigen Aufholvorgang schließen lässt. Die 30 % -ige Lücke in der industriellen Kapitalausstattung Ost je Einwohner (1999) kann sich nicht schließen.

Je Einwohner sind zwar die gesamten Bauinvestitionen in Ostdeutschland immer noch höher als in Westdeutschland, dafür aber zwischen 1995 und 2000 stark rückläufig auf den Stand von 76,6 % (1995=100) gesunken sind. Der überwiegende Teil dieser rückläufigen Bauinvestitionen erfolgt jedoch im Dienstleistungsbereich.

2. Zur Behauptung, je Erwerbstätigen lagen die Anlageninvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland seit 1995 jährlich doppelt so hoch als in Westdeutschland. Damit soll suggeriert werden, seit Jahren bestehe ein unverändert hohes Niveau für diese Investitionen in das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe. Die Sachlage zeigt jedoch, dass die *absoluten* Werte für die Investitionen in neue Anlagen im Verarbeitenden Gewerbe Ost seit 1995 von 25,14 Mrd. DM auf 19,43 Mrd. DM für 1999, also auf 77 % zurückgegangen sind.<sup>16</sup> Da die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe Ost zwischen 1996 und 1999/2000 fast stabil blieb, muss eine deutlich *sinkende* Tendenz statt einer stabilen Höhe der Anlageninvestitionen *je Erwerbstätigen* bestehen.<sup>17</sup>
3. Zur Aussage, dass auch unter Einschluss aller anderen Wirtschaftszweige in den neuen Ländern ein deutlich höheres Investitionsvolumen bestehe. Bei einem ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt für 1999 von 432,9 Mrd. DM (in lfd. Preisen) beliefen sich die gesamten ostdeutschen Anlageninvestitionen auf 186,1 Mrd. DM, was einer Investitionsquote von 43 % des BIP entspricht. Dies lässt sich nur aus einem hohen Anteil von öffentlichen *und* auch privatwirtschaftlichen *investiven* Transfers West/Ost im Verhältnis zum BIP Ost erklären.

Im Produzierenden Gewerbe Ost wurden jedoch 1999 nur 33 Mrd. DM investiert, und die Investitionen in den Dienstleistungsbereich betragen 152 Mrd. DM.<sup>18</sup> Die vorangehenden Jahre zeigen analoge Proportionen in der wirtschaftszweiglichen Aufteilung der realisierten Investitionen. Bei einer solchen Teilung der Investitionsströme konnte dann auch die hohe noch bestehende „Produktionslücke Ost“ nicht abgebaut werden.

4. Es wird sogar eine „Konvergenz“ im gesamten Investitionsprozess Ost/West behauptet. Diese Ansicht ist stark zu revidieren. Insgesamt entwickelten sich die westdeutschen und ostdeutschen Investitionsvolumina zwischen 1995 und 1999 wie folgt:

Tabelle 1: West- und ostdeutsche Brutto-Investitionen insgesamt (Mrd. DM, lfd. Preise)

Jahr	Westdeutschland	1995=100	Ostdeutschland	1995=100
1995	583,0	100,0	207,5	100,0
1996	573,6	98,9	205,8	99,2
1997	585,5	100,4	199,5	96,1
1998	609,5	104,5	187,7	90,5
1999	625,6	107,3	186,1	89,7

(Quelle: Daten nach BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, Juli 2001, S. 21 sowie nach IWK, „Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland“, Ausgabe 2000, S. 27; aufgegliedert aus den Angaben für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie sonstig. Anlagen (ohne Vorratsveränderungen).)

Daraus ergibt sich: die westdeutschen Investitionen stiegen 1999 gegenüber 1995 um ca. 43 Mrd. DM an, die ostdeutschen fielen um ca. 20 Mrd. DM zurück. Hieraus ließe sich m. E. also *keine* wirtschaftliche Konvergenz begründen. (Die erstaunlich schwache Entwicklung der westdeutschen Investitionen zwischen 1995 und 1997 hat allerdings ganz spezielle Gründe, die nichts mit Ostdeutschland zu tun haben.)

Der durchgängige Abbau der Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen in den Jahren 2001 und 2002 auf Null trifft lt. BMFi auch den Bereich der Verarbeitenden Industrie und bremst hier zweifellos die unternehmerische Investitionsneigung Ost.<sup>19</sup> Die Investitionszulagen für *Ausrüstungsinvestitionen* nehmen von 1,74 Mrd. DM für 2000 auf 1,33 Mrd. DM für 2002 ab. Gleichzeitig wird die bundesseitige Finanzierung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gegenüber 1999 für 2001 auf nur 78 % und für 2002 auf nur 66 % weiter sehr stark gemindert.

5. Beim Rückgang der Bauwirtschaft Ost wird einerseits dessen objektive Notwendigkeit und andererseits eine Irrelevanz für die Bewertung des ostdeutschen Wachstumstempos suggeriert. Der Absturz der Wertschöpfung der ostdeutschen Bauwirtschaft im Jahre 2000 auf nur 74 % des Standes von 1995 ist zwar eine Folge der rückläufigen Bauinvestitionen Ost, für die jedoch neben den privaten auch die öffentlichen Finanzierungsquellen aller Gebietskörperschaften mitverursachend sind. Ein besonderes „Infrastrukturprogramm Ost“ auf kommunaler und Landesebene könnte zu einer Stabilisierung der ostdeutschen Bauleistungen wieder neu beitragen.

Es gibt untaugliche Versuche, die Bauwirtschaft aus der ostdeutschen Wachstumsdynamik herauszurechnen, um das Ergebnis zu schönen. Schrumpft die Bauwirtschaft Ost aber zügig weiter – und der vorhandene Leistungsanteil am BIP übersteigt noch wesentlich den westdeutschen – dann ist auf mehrere Jahre mit negativen Effekten hieraus für die gesamte Wertschöpfungsrate Ost zu rechnen. Will man also den Aufholprozess wieder beschleunigen, müsste man den weiteren Rückgang der Bauleistungen stark abbremsen bzw. ausgleichen – oder der echte Aufholprozess bleibt weiterhin statistisch „unsichtbar“ allein durch die rückläufigen Bauinvestitionen. Dies ließe sich dann nur durch eine sehr stark forcierte Wachstumsrate des Verarbeitenden Gewerbes Ost kompensieren oder „überdecken“.

### 3. Lässt die Lage in Ostdeutschland einen Aufholprozess erwarten?

#### 3.1 Eine kritisch-alternative Bewertung der ostdeutschen Perspektive von 1994

An dieser Stelle ist ein Rückbezug auf die kritisch-alternative Wertung der beiden Memo-Autoren **Hickel/Priewe** aus dem (im Abschnitt 2.1 angeführten) Buch „*Nach dem Fehlstart*“

(1994) als sachlicher Anknüpfungspunkt für die Darlegung wichtiger Kriterien sinnvoll. Einige wichtige Formulierungen von damals sind aktuell und sollen wörtlich angeführt werden.

Der zum Abschluss der THA-Ära in Ostdeutschland existente Rückstand der regionalen Wertschöpfung schien als Hemmnis für eigene hinreichende Kapitalbildung als „die entscheidende Restriktion“ „die überregionale Nachfrage nach ostdeutschen Produkten“ zu offenbaren. Tatsächlich befand sich die industrielle Exportquote auf einem äußerst niedrigen relativen Stand im Vergleich zur DDR-Zeit, aber auch zu Westdeutschland. Die erzielbare Rentabilitätsrate der Verarbeitenden Industrie war negativ bis unterdurchschnittlich mit zu geringer Eigenkapitalbildung. Ein zügiges „Aufholen“ auf der Basis eines „selbsttragenden Aufschwungs“ hätte aber aus damaliger Sicht ein forciertes Wachstum der Exportquote bis auf etwa 50 % erfordert.

Die Marktfrage bildet also eine Art „Schlüsselfunktion“: „Nur wenn es den ostdeutschen Unternehmen gelingt, westdeutsche oder ausländische Konkurrenten erfolgreich am Markt zu verdrängen, wird die Reindustrialisierung gelingen.“ Hierzu fehlte jedoch den ostdeutschen KMU die erforderliche Kapitalkonzentration und Marktmacht gleichsam als „Geburtsfehler“ nach der THA-Ära, zumal die inzwischen etablierten Privatbanken in der Kreditpolitik keine expansive Kompensation für fehlendes industrielles Eigenkapital bieten wollten.

In den deindustrialisierten Regionen und Subregionen der neuen Bundesländer, „in denen es außer Handwerksbetrieben kaum noch Produktion gibt, gibt es auch kaum noch Ansiedlungschancen. Leistungsfähige Arbeitskräfte wandern ab, für Infrastruktur ist kein Geld vorhanden... Wo Regionen plattgemacht werden, kommt mit der industriellen Einöde die Armut, nicht aber neue Industrie.“ Das zu geringe Wachstum lässt die Schließung der „Produktionslücke Ost“ nicht zu. „Mithin bleibt Ostdeutschland stärker und länger von West-Transfers abhängig.“

Die schon 1994 vorhandene Instituts-Prognose für den Rückgang der Wohnbevölkerung in Ostdeutschland ließen erwarten, dass sich „bis gegen 2010 tatsächlich eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland“ ergibt, „allein durch Schrumpfung der Bevölkerung auf ein Niveau, das dem geringen Wirtschaftspotential entspricht. Dann sind auch Finanztransfers aus dem Westen nicht mehr in nennenswertem Ausmaß erforderlich.“ All das mag in ostdeutschen Ohren immer noch zynisch klingen, hatte aber aus damaliger Sicht schon realistische Chancen zur Wirklichkeit zu werden.

Die politische Implikation aber lautete: „Man darf vermuten, dass die Politik längst auf diese Langfrist-Option gesetzt hat.“ Klammheimlich natürlich - während die Formeln vom „selbsttragenden Wachstum Ost“ und vom „Aufholprozess“ öffentlich jahrelang noch weiter kolportiert werden.

Die Alternative aber lautete: „Nur durch eine sehr energische und beharrliche Regionalpolitik mit dem Einsatz von viel staatlichen Finanzen und der vollen Mobilisierung des ‚endogenen Entwicklungspotentials‘ der Regionen, soweit vorhanden, lässt sich der Niedergang aufhalten.“ Es war dies aber genau jene Linie, die später u.a. von **Wolfgang Thierse** wieder öffentlich aufgegriffen wurde.

### **3.2 Zur „selbsttragenden Entwicklung“ und „Produktionslücke Ost“**

Mitte der 90er Jahre wurden die Erwartungen auf einen erreichbaren „selbsttragenden Aufbau Ost“ öffentlich noch kaum in Zweifel gezogen. Aber als weitere Jahre mit der ständigen Wiederholung dieser Formulierung vergingen, wirkte der unklar definierte Begriff im öffentlichen Bewusstsein nebulös. Fortwährend lancierte die Wirtschaftsforschung die lapidare Feststellung, dass das erreichte Wachstum „immer noch nicht selbsttragend“ sei. Dem entsprach auch der permanente Zustrom von investiven Transfers in die ostdeutsche Infrastruktur und Wirtschaftsförderung.

**Hickel/Priewe** hatten demgegenüber schon 1994 klargestellt: „Sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum entsteht, wenn ohne wesentliche staatliche Unterstützung eine anhaltende Investitionskonjunktur in Ostdeutschland zustande kommt, die den regionalen Wirtschaftskreislauf über einen längeren Zeitraum expandieren lässt (regionale Multiplikator- und Akzeleratorprozesse).“<sup>20</sup> In der Folgezeit wurde diese Sicht unter Einbeziehung zugänglicher Daten für die unternehmerische, die landesregionale und die regional-gesamtwirtschaftliche Ebene der neuen Bundesländer ausgeweitet, und es wurden differenzierte Teilaspekte dazu vorgetragen, worauf hier nur verwiesen werden soll.<sup>21</sup>

Besonders wichtig war die Herausarbeitung der Rolle der „Produktionslücke Ost“ für die Fortexistenz von Finanztransfers West/Ost und für die ursächliche Begründung eines **gesamtwirtschaftlich** noch immer „nicht selbsttragenden Aufbaus Ost“. Hierauf soll nun eingegangen werden.

Ein überdurchschnittliches Wachstum der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern (im Vergleich zu den alten) bildet die logische und reale Grundvoraussetzung für eine Annäherung bzw. Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung, zumindest zwecks Schließung der enormen Lücke zwischen Eigenerzeugung und regionalem Endverbrauch – eine „Produktionslücke“ von mindestens 220 Mrd. DM jährlich. Bleibt diese regionale Lücke in der Eigenerzeugung erhalten, ist eine entsprechende Höhe der Transferzahlungen West/Ost im Grunde vorprogrammiert.

Die Transfers West/Ost bilden aber nur die eine Seite – die andere aber zeigt: „der Westen braucht den ostdeutschen Absatzmarkt und die Transfers als Kaufkraft für westdeutsche Waren“. Die so oft in westdeutschen Medien gezeigten Transfers haben den Westdeutschen eine besondere Vereinigungskonjunktur verschafft, die in den Jahren 1990/91 bis 1992 einen zusätzlichen Wachstumsschub auslöste.<sup>22</sup>

Tatsächlich fließen seit 1991 je Jahr für mehr als 200 Mrd. DM Güterströme in West-Ost-Richtung als umgekehrt, und dieses ostdeutsche Leistungsdefizit wird durch die Transfers kaufkraftseitig so abgesichert, dass es stabilen Marktanteil für die westdeutschen Lieferungen sichert. Das so ermöglichte Liefervolumen für westdeutsche Konzerne und Handelsketten beträgt inzwischen für zehn Jahre bis zu 2 Billionen DM. Es verschaffte den westdeutschen Lieferanten einen hohen Marktgewinn, der oft bei einer Umsatzrendite von 4- 5 % lag.

Jedem Westdeutschen sollte klar sein, dass es nicht schlagartig möglich ist, alle Transfers abzubauen oder zu halbieren, an die sich die westdeutsche Lieferseite von Waren auf den ostdeutschen Markt in zehn Jahren gewöhnt hat. Diese Lieferanten beherrschen den ostdeutschen Gütermarkt und sind auch längst nicht bereit, ihre Marktanteile kampflös preiszugeben – auch nicht an ihre ostdeutschen einheimischen Marktkonkurrenten. Diese benötigten effektiv einen gewaltigen zusätzlichen Investitionsschub ins Verarbeitende Gewerbe Ost, um die bisherige „Produktionslücke Ost“ von ca. 220 Mrd. DM je Jahr durch eigene Marktproduktion wertmäßig schließen oder abdecken zu können.

Keine Politikanstrengung kann rein willkürlich die „Produktionslücke Ost“ wegzaubern, die fest in die westdeutsche Marktstrategie eingebunden ist. Aber es ist möglich, durch eine neue politisch initiierte wirtschaftliche Kraftanstrengung in den nächsten 10 bis 15 Jahren schrittweise und stetig die Eigenleistung Ost so zu erhöhen, dass die hohen Transfers danach parallel zurückgeführt werden können. Dies ist eine Chance für private Investitionen in das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe, die allerdings in Konkurrenz zum hohen Direktexport von Kapital ins Ausland genutzt werden muss. Dieser Direktexport ist inzwischen vielfach höher als die z. Z. getätigten westdeutschen Industrieinvestitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost.

Vor der kurz- oder mittelfristigen Rückführung der West-Ost-Transfers liegt also der zusätzliche Schub der hierfür erforderlichen industriellen Investitionen Ost, ergänzt um weitere Anforderungen für den noch dringend benötigten Bedarf im Sektor Infrastruktur. Selbst wenn der hohe Sozialtransfer in den nächsten Jahren sinken könnte, würde der infrastrukturelle Bedarf vor allem

der Städte noch ansteigen. Außerdem würde die westdeutsche Lieferseite sich einen Absatzmarkt von bis ca. 200 Mrd. DM Warenumsatz überregional kompensatorisch erschließen müssen, sollte die „Produktionslücke Ost“ sich annähernd auflösen können.

### 3.3 Welche objektiven Voraussetzungen bietet die gegenwärtige Lage?

Eine nüchterne Analyse nach dem derzeitigen Stand der objektiven Voraussetzungen und Potenzen für den „Aufholprozess“ in den neuen Bundesländern zeigt u.a. folgendes:

1. Das eigene wirtschaftliche Potential Ostdeutschlands ist immer noch zu schwach für eine „selbsttragende“ Entwicklung, die auch dem extrem hohen Anteil der arbeitsuchenden Bevölkerung ausreichende Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen vermag. Die Nutzung externer Ressourcen und Potentiale ist also in hinreichendem Maße erforderlich, um das Defizit an Wachstum und Umstrukturierung forciert zu bewältigen. Am wichtigsten ist dabei eine wieder überdurchschnittliche Investitionstätigkeit des industriellen Unternehmenssektors, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe als Exportbasis.

Generelle Bedeutung hätte eine Zunahme der „Direktinvestitionen“, also die Ansiedelung von Tochterunternehmen westdeutscher oder ausländischer Unternehmen. Eine besonders große Lücke besteht bei *Großunternehmen*. Die Wirtschaftsförderung hat sich z.T. zu einseitig auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen konzentriert und die großen vernachlässigt. Keineswegs ist zu leugnen, dass Ostdeutschland unter bestimmten Rahmenbedingungen der Strukturpolitik durchaus gute Standort-Chancen auch im Ost-West-Vergleich hat.

Ein auf längere Sicht noch existierendes niedrigeres Lohnniveau als in Westdeutschland kann günstigere Lohnstückkosten bieten, sofern die externen Investoren die Kompetenz für hohe Produktivität mitbringen. Erfolgreich angesiedelte Unternehmen werden nach Möglichkeit regionale Vernetzung suchen, also sich in regionale Zulieferbeziehungen integrieren.

2. Zu schwache *endogene Potentiale* können dann gestärkt werden, wenn sie sich Kooperationsvorteile erschließen. Durch den Aufbau von regionalen Verkettungen der Wertschöpfung können kleine und mittlere Unternehmen (KMU) produktiver und wettbewerbsfähiger werden („Cluster-Bildung“), insbesondere wenn sie sich mit innovativer anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung verbinden. Zur Stärkung endogener Potentiale führt auch, wenn schwache, aber entwicklungsfähige Unternehmen durch das Angebot von geeigneten Beratungsdiensten gestützt werden.
3. Die bisherige *regionale Wirtschaftsförderung*, vor allem der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, ist noch zu stärker auf die industrielle Exportbasis zu lenken, um damit zu starke Streu- und Mitnehmereffekte in weniger bedeutsamen Branchen zu vermeiden. Die Ausrichtung auf vorrangigen subregionalen Ausgleich sollte aufgegeben werden. Statt dessen ist in den neuen Bundesländer ein Kurswechsel zum *Wachstumspol-Konzept* sinnvoll, um den höchsten Wachstumseffekt subregional zu erreichen.
4. Nach wie vor existieren erhebliche Rückstände in der *öffentlichen Infrastruktur* der ostdeutschen Länder und Gemeinden, wie in verschiedenen aktuellen Gutachten dargestellt wurde. Sie wurden auf 200-300 Mrd. DM taxiert. Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern besteht ein Ausstattungsrückstand beim Bruttoanlagevermögen der Länder und Gemeinden (je Einwohner) von rund 25 %. Nicht berücksichtigt wurde dabei, dass es auch im Westen erhebliche Nachhol- und Modernisierungsbedarfe gibt, die folglich rechnerisch den absoluten Rückstand des Ostens weiter vergrößern. Die Prioritäten liegen bei der Verkehrsinfrastruktur, bei Schulen, dem Städtebau, kommunalen Gemeinschaftsdiensten (hier vor allem Abwasserbeseitigung), aber auch bei den Hochschulen.

Aus eigener Kraft sind die Länder- und Gemeindehaushalte nicht fähig, ihre Investitionen auszuweiten oder auch nur auf dem bisherigen Niveau zu halten. Es ist auch wenig sinnvoll, für notwendig erachtete Infrastrukturprojekte auf eine Zeitachse bis 2019 zu verteilen, selbst wenn dies nach 2008 bereits degressiv finanziert werden soll. Dringende Investitionsprojekte sollten daher unabhängig von den derzeitigen Vereinbarungen zum Länderfinanzausgleich vorgezogen werden. Sie müssten weitgehend vom Bund finanziert werden und in einer Periode schwacher Konjunktur durch eine Kreditfinanzierung abgesichert werden.

5. Die ostdeutsche Industrie nähert sich dem Zeitpunkt, zu dem die (nominalen) Lohnstückkosten das Niveau in der westdeutschen Industrie unterschreiten können. Soweit das niedrigere ostdeutsche Lohnniveau (in 2000 lagen die jährlichen Arbeitnehmerentgelte pro Kopf bei nur 67,7 % des westdeutschen Wertes im verarbeitenden Gewerbe, bei 77 % im Durchschnitt aller Zweige) nicht zu Produktivitätseinbußen infolge massiver Abwanderung nach Westdeutschland führt, kann es die kostenseitige oder preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Rentabilität der ostregionalen Unternehmen wesentlich stärken.

In Ostdeutschland stellen die Lohnstückkosten einen entscheidenden Faktor für die Unternehmensrentabilität dar, die immer noch unzureichend ist, insofern auf Investitionsanreize und eine stärkere Eigenkapitalbildung aus Gewinnen gesetzt werden muss. Es ist – angesichts der ostdeutschen öffentlichen Haushaltsmisere - wenig sinnvoll, den öffentlichen Dienst als Zugpferd einer raschen Lohnangleichung in Wettbewerbsunternehmen zu nutzen. Daher ist ein geringes Zurückbleiben der Lohnsteigerung im Vergleich zur branchenseitigen Produktivitätserhöhung eine vertretbare Kompromisslinie. Richtig wäre ferner, die retardierte Tarifbindung wieder auszuweiten, u.a. als notwendige Voraussetzung, um eine Anpassung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten durchzusetzen. Zu bedenken ist, dass die ostdeutschen Lebenshaltungskosten bisher noch spürbar unter den westdeutschen liegen, nach Ifo-Schätzung um 8,7 %. (Übertarifliche Lohnzuschläge in florierenden Unternehmen sind davon unberührt.)

Die Erfahrungen aus anderen Regionen mit Strukturwandel, wie z. B. auch aus dem Ruhrgebiet, lehren, dass strukturschwache Regionen nur sehr langsam oder niemals wirtschaftlichen Anschluss im Sinne von „Aufholen“ finden können und in aller Regel auch Bevölkerungsverluste (auf lange Sicht durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung sowie durch Abwanderung) nicht vermeidbar sind, also ein gewisses Maß an „passiver Sanierung“ hinzukommt. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht jedoch erhöht „passive Sanierung“ die sozialen und territorialen Folgekosten: Kapital sollte zur Arbeit wandern, nicht Arbeit zum Kapital.

Die Märkte gewährleisten dies nicht spontan. Kommt es nicht zu einem Strategie- oder Kurswechsel der Aufbau-Ost-Politik, ist die weitere Verfestigung des West-Ost-Gefälles weitaus wahrscheinlicher als eine deutliche oder forcierte Konvergenz, jedenfalls im laufenden Jahrzehnt.

Hier ist ein „Seitenblick“ auf die institutionelle Wirtschaftsforschung angebracht, um nicht den Eindruck der alleinigen „Wahrheitsverkündung“ durch die Memo-Gruppe zu erwecken. Dr. Joachim Ragnitz (IWH) betont <sup>23</sup>, dass „zumindest kritisch hinterfragt werden“ muss, „ob die gegenwärtige Prioritätensetzung und der gegenwärtige Instrumentenmix“ geeignet sind, dem Wachstumsprozess Ost „neuen Schwung zu geben“. Er empfiehlt wiederum – wie bereits seit Jahren - die Konzentration auf „möglichst hohe Effekte für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern.“ Dafür sollte der Verzicht auf einen Rechtsanspruch auf Investitionszulagen ebenso beitragen wie sein Ersatz durch „einzelfallorientierte Regionalförderung“ und die Schwerpunktbildung als reine „Anschubfinanzierung“ für Neugründer. Schließlich betont er die Rolle der komplexen Innovationsförderung als „ein ergänzendes Instrument der Regionalpolitik,“ um eine oft „unzureichende Umsetzung von technologischem Wissen in Innovations- und Markterfolg“ auszugleichen.

Im Kontext zur aktuellen Diskussion über die abflauende Konjunktur und die zeitweilige Konjunkturförderung im Infrastruktursektor mittels höherer Neuverschuldung dürfte besonders folgender Standpunkt Ragnitz' von Interesse sein: „Auch die Möglichkeit einer temporären Ausweitung der Verschuldung zu diesem Zwecke wäre zu prüfen, zumal die Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur künftig höhere Steuereinnahmen erwarten lässt, die zur Tilgung der Schulden eingesetzt werden.“ Auch Ragnitz plädiert für ein „Infrastruktur-Sonderprogramm“, womit „in der mittleren Frist geplante Projekte vorgezogen werden sollen.“

Die Memo-Gruppe hat Ende September 2001 ein *Sondermemorandum* zur aktuellen Beschäftigungspolitik infolge des Konjunkturabschwungs veröffentlicht, das u.a. für die ostdeutschen Länder ein zusätzliches Infrastrukturprogramm von 30 Mrd. DM und zusätzliche Mittel für die Wirtschaftsförderung von 5 Mrd. DM vorschlägt, ergänzt um 5 Mrd. DM für den Abriss von Wohnungsleerstand. Zur Finanzierung sei eine Kreditfinanzierung des Staates bevorzugt geboten.

### 3.4 Gibt es eine politische Chance für den „Aufholprozess Ost“?

Von Bedeutung sind auch die Folgerungen von J. Ragnitz für die wirtschaftliche Perspektive, die er zwar differenziert für viele Unterregionen in den neuen Bundesländern sieht, aber insgesamt davon ausgeht, dass „viele Regionen Ostdeutschlands noch auf lange Sicht als strukturschwach gelten müssen... und noch lange Zeit hinter westdeutschen Vergleichswerten hinterherhinken werden.“ Es ist folglich „nicht damit zu rechnen, dass Ostdeutschland als Ganzes kurzfristig zum Westen wird aufschließen können.“ Daher stehe die Politik „auch vor dem Problem, den Menschen im Osten zu vermitteln, dass der Aufholprozess bestenfalls auf sehr lange Sicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann.“

„Bestenfalls“ will heißen, dass dies eine länger anhaltende Wachstumsrate der Wirtschaftskraft Ost **höher** als West voraussetzt. „Um innerhalb der nächsten zehn Jahre das westdeutsche Niveau zu erreichen, müsste das Produktivitätswachstum in den neuen Ländern um mehr als 4 Prozentpunkte über dem der alten Länder liegen, was recht unrealistisch erscheint.“ Gemeint ist hier die volkswirtschaftliche Produktivität im Sinne von BIP je Kopf der Wohnbevölkerung.

Fazit: Die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung sieht kein „Allheilmittel“ für einen forcierten Aufholprozess Ost. „Schlimmstenfalls“ klafft die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin auseinander – wie in den letzten 5 Jahren unstrittig nachweisbar.

Ist dies der Fall, dann hat die deutsche Politik zweifellos ein nachhaltiges Problem: sie muss die Alimentierung der ostdeutschen Unterentwicklungsregion unbefristet fortsetzen. Dann dürfte sich zeigen, wie hoch der finanzielle Preis für den Abbruch des Aufholprozesses wirklich ist. Fügt man dem noch die komplexen Folgen im sozialen Bereich Ost hinzu, dann wird deutlich, wie sehr ein Umdenken in der deutschen Politik geboten erscheint. In der bisherigen Strategie des „Aufholprozesses“ Ost – welche die rot-grüne Bundesregierung im Grunde beibehalten hat – ist ein positiver Wandel nicht in Sicht. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zwischen West und Ost laufen nicht zusammen, sondern auseinander. „Es gibt keine Prognose und auch keinen ernsthaften Grund anzunehmen, dass sich bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der Aufholprozess wieder einstellen würde.“(Claus Noé)

Eine „selbst tragende“ Entwicklung in Ostdeutschland könnte theoretisch zwar gelingen, wenn die marktwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür politisch wirksam herbeigeführt würden. Davon jedoch kann - bei Unterordnung der Bundesregierung unter die EU-Wettbewerbspolitik, unter die dominierenden Kapitalinteressen und angesichts der Marktmacht westdeutscher Unternehmen und Handelskonzerne sowie der einseitigen Konzentration der Forschungskapazitäten und Innovationszentren in Westdeutschland - derzeit nicht die Rede sein.



#### 4. Warum sind die Verhandlungsergebnisse zum Solidarpakt II unbefriedigend?

Schon vor dem harten Verteilungskampf um die Finanzierung im Solidarpakt II hatte die Bundesregierung eine Fortführung der speziellen Förderung für die neuen Bundesländer zugesagt, jedoch war mit einer Minderung der **jährlichen** Zahlungsvolumina des Bundes bereits zu rechnen. Diese Minderung wurde durchgesetzt, wobei die degressive Höhe der Zahlungen ab 2008 extreme Wirkungen zeigen muss: Es kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass 2008 der Angleichungsstand Ost/West hinreichend ist und die regionale Selbstfinanzierungsquote der ostdeutschen Länder die bis dahin noch beträchtlichen Bundesergänzungszuweisungen verzichtbar erscheinen lässt.

Der 2002 bevorstehende Bundestagswahlkampf darf nicht faktisch dazu führen, dass die ostdeutsche Unterentwicklungsregion politisch mit einem solchen *Minimum* an zusätzlicher Förderung ab 2005 abgespeist wird, das scheinbar gerade noch reicht, um seitens der Bundesregierung damit öffentlich punkten zu können. Weitgehend verdrängt wird auch die Tatsache, dass die Zuweisung an die neuen Länder für **betriebliche** Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 1999 noch 1,76 Mrd. DM schrittweise auf 1,16 Mrd. DM als Sollbetrag 2002 rückläufig ist und starke steuerliche Investitionsanreize für die Investitionen in industrielle *Ausrüstungen* in Form von „Sonderabschreibungen“ in der ostdeutschen Region völlig abgebaut sind und in der Form von Investitionszulagen zwischen 2000 und 2002 ebenfalls zurückgehen.<sup>24</sup>

Daher ist es dringlich abzusichern, die gesamtdeutschen politischen Anstrengungen stark zu erhöhen, um einen echten Durchbruch zum Wiederanlauf des ostdeutschen Aufholprozesses gerade über neue bzw. erweiterte *Ausrüstungsinvestitionen* zu erreichen, der die innerdeutsche Gesamtlage der Wertschöpfung entscheidend und komplex gesunden lassen würde und den Übergang zur EU-Osterweiterung erleichtern oder stabilisieren kann.

Die Ergebnisse des Solidarpakts II konnten noch nicht in einem *Memorandum* aufgearbeitet werden. Aber die Stellungnahmen<sup>25</sup> des IWH-Präsidenten Prof. Pohl und seines Abteilungsleiters Dr. Ragnitz zu den aktuellen Ergebnissen des Solidarpakts II und Fragen der Wirtschaftspolitik gegenüber Ostdeutschland sind es zweifellos wert, öffentlich gründlich zur Kenntnis genommen zu werden. Hier soll nur auf jene ausgewählten Aspekte eingegangen werden, die für die politische Debatte besonders aktuell sind.

Prof. Rüdiger Pohl lenkt die Aufmerksamkeit auf die jetzt im „Solidarpakt II“ zugesagten 306 Mrd. DM für die Zeit von 2005 bis 2019. **„Alle Beteiligten geben sich zufrieden. In Wahrheit sind die neuen Länder schlecht weggekommen.“** (Pohl) Rund 100 Mrd. DM beruhen nur auf einseitigen Versprechungen des Bundes im Sinne von Kann-Zuweisungen nach Kassenlage, d.h. diese Mittel müssen Jahr für Jahr anteilig neu ausgehandelt werden. Es sind dies vor allem jene Zuweisungen, die gezielt in die Wirtschaftsförderung einfließen sollen.

Die 206 Mrd. DM mit fester Zusage „zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten“ sind fast ausschließlich zum Abbau der ostdeutschen Infrastrukturlücke bestimmt, wofür 190 Mrd. DM festgeschrieben sind. Prof. Pohl erklärt: „Das ist der Knackpunkt. Die Infrastrukturlücke beträgt nach heutigen Preisen 250 Mrd. DM. Die Solidarpakt-Mittel reichen nicht.“

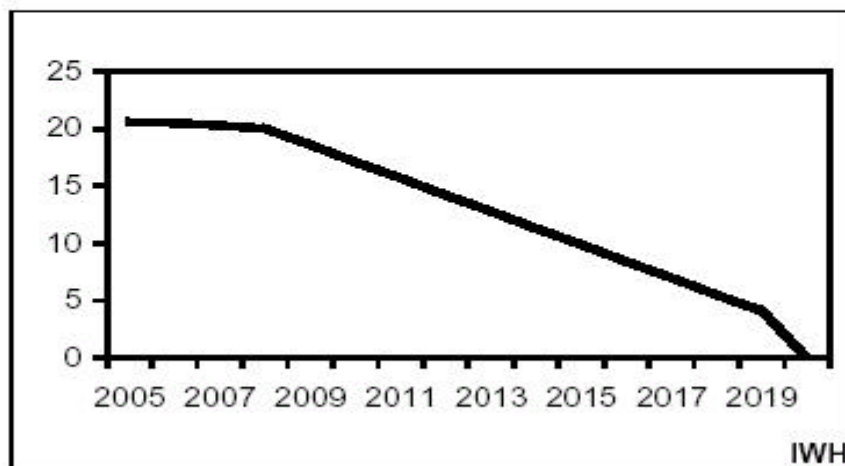
Nominell beträgt diese Unterdeckung für den Sektor Infrastruktur (ohne Bundesaufgaben im Verkehrswegeplan) also wenigstens 60 Mrd. DM. Prof. Pohl zieht folgenden Schluss: „Da der Verfallsprozess bei der unsanierten Infrastruktur weitergeht und die Solidarpakt-Mittel durch Preissteigerungen weniger wert werden, kann man schon heute absehen: Ostdeutschland wird seine Standortnachteile in der Infrastruktur bis 2019 nicht gänzlich beseitigt haben.“ Hier ist also zu beachten, dass die fortgesetzten Preissteigerungen im Langzeitraum sich rasch kumulieren und schon bei einer jährlich durchschnittlich nur 2,5 %-igen Inflationsrate nach Ablauf von zehn Jahren eine deutliche kumulierende Realentwertung (ca. - 22 %) der nominellen Ursprungssumme ergeben.

Nach dem Prof. Pohl den ostdeutschen Länderchefs bestätigt hat: „Mutig, dass die ostdeutschen Regierungschefs dennoch erklärt haben, ab 2020 keinen teilungsbedingten infrastrukturellen Nachholbedarf mehr geltend machen zu wollen“, fährt er fort: „Klagen (hierüber) bringt nichts.“

Pohl empfiehlt, in den Ländern „verbindliche Prioritäten für die Sanierung der Infrastruktur zu setzen“ und in den ostdeutschen Ländern eine „Infrastruktur-Offensive“ bis 2019 in Gang zu setzen. Leider übergeht er, dass die Steigerung der Wertschöpfung Ost hiervon nur indirekt beeinflusst wird, insofern die Investitionen in die Verarbeitende Industrie den Hauptfaktor hierfür darstellen.

Natürlich wirkt diese Sicht von Prof. Pohl auf jene frustrierend, die in den Ergebnissen des „Solidarpakts II“ eine besondere politische Zuweisungs-Konzession der Bundesregierung an die neuen Länder sehen möchten. Berücksichtigt man zusätzlich, dass ab 2008 die jährlichen Mittel an die ostdeutschen Länder **abfallend** in der jährlichen Betragshöhe ausgezahlt werden, dann sind die nominellen Zurückführungen ganz erheblich. Gleichzeitig ist ab 2006 mit einer Beendigung der EU-Fördermittel für die ostdeutsche Region zu rechnen, die dann in die zukünftigen Beitrittsstaaten umgelenkt werden. Da drängt sich die Befürchtung auf, dass im Jahrzehnt **vor** 2019 die ostdeutschen Bundesländer in ein gähnendes „Haushaltsloch“ sehen, das die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) nicht mehr schließen.

Abbildung:  
Solidarpakt II: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für die neuen Länder ab 2005  
- in Mrd. DM -



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Das Volumen der zugesagten Förderung ab 2005 von insgesamt 306 Mrd. DM wird also jetzt zeitlich gestreckt und degressiv ausgestaltet – auf 15 Jahre mit sinkenden Jahresbeträgen, wodurch sich gegenüber der bisherigen jährlichen Förderung eine nominelle Reduktion um etwa ein Drittel ergibt. Das heißt es stehen ab 2005 nicht mehr 30, sondern nur noch 20 Mrd. DM Fördermittel für alle Verwendungen zur Verfügung.

Eine reale Kaufkraftreduktion ergibt sich daraus, dass diese Mittel einer inflationären Abwertung unterliegen. Um den Förderumfang nominell stabil zu halten, müsste eine jährliche Anpassung der Zuführungen in Höhe der Inflationsrate nach oben erfolgen, wie dies bei anderen langfristig vereinbarten Zahlungen durchaus üblich ist. Dies aber wurde hier nicht vorgesehen. Ein weiterer Aspekt betrifft die Integration der Investitionsförderung in die pauschalen Sonderzahlungen des Bundes, wodurch sich zwar die Disponibilität bei der Mittelverwendung erhöht, nicht aber der Umfang der Finanzierung.

Alles in allem bringt der Solidarpakt II nach 2005 ein zwar erst 2008 einsetzendes, aber rasches Abschmelzen der Unterstützungszahlungen des Bundes für den Osten. (Siehe obige Abbildung) Dies vor dem Hintergrund eines seit Jahren stagnierenden „Aufholprozesses“ in Ostdeutschland und eines von Jahr zu Jahr noch größer werdenden Abstandes gegenüber dem Westen. **Rudolf Hickel** bemerkt daher völlig korrekt: „Es ist schon gewagt, die fiskalische Sonderbehandlung 2019 zu beenden und ab dann auf ausreichende Eigendynamik zu setzen.“<sup>26</sup>

## 5. Brauchen wir ein strategisches Politik-Projekt für die Zukunft der neuen Bundesländer?

Das weitere Klaffen der Ost-West-Schere in der volkswirtschaftlichen Leistung (BIP je Einwohner) eröffnet für Ostdeutschland die Perspektive einer nachhaltigen nationalen Zone der volkswirtschaftlichen Niedrigleistung, ostregionaler Niedrigeinkommens und anhaltender Niedrigvermögen – es eröffnet die Perspektive einer Zone der Retardierung der sozialen Beziehungen und Lebensverhältnisse, rascher Schrumpfung der dortigen einheimischen Wohnbevölkerung auf Jahrzehnte hinaus und der weiteren absehbaren Verödung von Städten und Gemeinden. Diese reale Bedrohung der Ostdeutschen sollte weder politisch bemäntelt noch im gesamtdeutschen Interesse faktisch hingenommen werden.

Entgegen der Auffassung, dass es keine gesonderte ostregionale Wirtschaftspolitik geben sollte, sondern nur eine gesamtdeutsche, wäre m. E. eine spezielle **nationale** Schwerpunktsetzung erforderlich, um den Entwicklungsrückstand Ost **forciert** aufzuholen. Deshalb sollte die deutsche Struktur- und Entwicklungspolitik für die neuen Bundesländer (als Vorschlag) auf folgende strategische **Schwerpunkte** ausgerichtet werden:

1. Anhebung des Wirtschaftswachstums Ost (BIP-Basis) auf zwei bis drei Prozent über die westdeutsche Rate im Langzeitraum als Hauptzielstellung und unabdingbare Vorbedingung für den faktischen „Aufholprozess“ in der Wertschöpfung.
2. Schrittweise Schließung der Produktionslücke, der Produktivitätslücke und der Einkommenslücke Ost zu West als Vorbedingung der Angleichung der Lebensverhältnisse und der Zurückführung der hohen Transferleistungen West/Ost.
3. Abmilderung der langfristigen Folgen des demographischen Entwicklungsprozesses Ost durch die Minderung der Abwanderung aus der Region, durch gezielte Familienpolitik zur Anhebung der natürlichen Reproduktionsrate und durch sinnvolle regionale Immigration.

Zu den Mitteln und Methoden, um diese Zielstellung zu erreichen bzw. zu befördern, sind nach meiner Ansicht zu rechnen:

1. Hinreichende Förderung der regionalen Investitionen in die Infrastruktur sowie in die innovative Basis von Forschung, Entwicklung und industrieller Wertschöpfung, insbesondere im Sektor des Verarbeitenden Gewerbes.
2. Nutzung der bestehenden Kapazitäten und Wertschöpfungspotentiale des Baugewerbes Ost für die dringliche Verbesserung/Angleichung der regionalen Infrastruktur durch öffentliche Aufträge.
3. Mobilisierung von exogenen Investitionsquellen für die Forcierung der industriellen Exportbasis, vor allem im Bereich der Betriebsgrößen ab 500 Mitarbeitern.
4. Anhebung des noch viel zu niedrigen industriellen Beschäftigungsgrades pro 1000 Beschäftigte („Industriebesatz“) in der Region mittels Neu- und Erweiterungsinvestitionen als Voraussetzung für die mittelfristige Bindung von Arbeitssuchenden.
5. Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten zwecks besserer Nutzung der vorhandenen Potentiale.

6. Forcierung von technisch-technologischer und ökologischer Innovation bis hin zur überregionalen Markterweiterung für die Leistungen/Ergebnisse.

Auf dem Sektor der Haushalts- und Finanzpolitik halte ich folgende Änderungen für notwendig, um die Ziele zu erreichen:

1. Stützung der ostdeutschen Gemeindefinanzen durch eine deutliche Erhöhung der Zuweisungen für kommunale Investitionen, vor allem für die noch zurückgebliebenen Infrastrukturbereiche.
2. Ausgleich für die enormen Einnahmeverluste aus der Steuerpolitik des Bundes für die unteren Gebietskörperschaften Ost sowie Absicherung der notwendigen zusätzlichen BEZ (Bundesergänzungszuweisungen) im staatlichen Finanzausgleich.
3. Wiedereinführung von Vermögensteuern gemäß den Bewertungen des BVG-Urteils, um eine hierauf gestützte Finanzierung des Aufholprozesses Ost absichern zu können.
4. Anpassung der zeitlichen Zielstellungen für die Herbeiführung eines Nulldefizits der Länderhaushalte Ost unter Beachtung der spezifischen Situationen und der Bewertung der Realisierungspotentiale hierfür.

Auf dem gesamtgesellschaftlichen Politikfeld sind u.a. folgende Korrekturen geboten:

1. Stärkere Berücksichtigung der spezifischen Interessen der ostdeutschen Region auf den wichtigsten Sektoren der Angleichungsrückstände Ost als staatspolitischer Imperativ.
2. Schaffung einer ostdeutschen parlamentarischen Interessenvertretung im Bundestag, die sich speziell mit den Wirkungen von gesamtdeutschen Gesetzen in der ostdeutschen Region befasst und das interfraktionelle Interventionsrecht besitzt.
3. Weiterer Abbau der noch existierenden Benachteiligungen der ostdeutschen Seite auf allen Gebieten der staatlichen Finanzpolitik und Sozialpolitik (wie z. B. der interregionalen Krankenkassenfinanzierung) sowie der staatlichen Personalpolitik.
4. Die vorgesehenen Maßnahmen für die ostdeutsche Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sind so zu treffen, dass keine bleibende oder zusätzliche Belastung bzw. Hemmung des innerdeutschen Angleichungsprozesses wirksam werden kann.

## 6. Politische Memo-,Prophetie“?

Visionär steht die 1991-er Aussage von **Herbert Schui**: „Eine sozialdemokratisch geführte Regierung allerdings wäre um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. Auch sie müßte dafür einstehen, daß die übereilte Währungsunion Probleme geschaffen hat, die um so schwieriger zu lösen sind, je mehr Zeit verstreicht, bis eine effiziente Politik eingeleitet wird. Ohne weitere Staatsverschuldung wird nichts gehen. In Frage steht nur, wie lange die Periode ausfällt, die durch Transferausgaben und Haushaltsdefizite zu überbrücken ist.“

Hierbei besteht die Gefahr, das die SPD, wenn sie denn die Regierung übernehmen würde, sich zum Gefangenen ihrer gegenwärtigen Öffentlichkeitsarbeit macht. Es ist nicht zweckmäßig gegen Staatsverschuldung zu polemisieren, ohne unter gegenwärtigen Bedingungen eine andere Lösung aufzuzeigen...“ Dies ins **Stammbuch** jener SPD-Politiker, die heute in der rigorosen einseitig-unsozialen Kürzungspolitik im Bundeshaushalt die generelle Lösung für Gesamtdeutschland suchen und unzureichende Konzepte der Struktur- und Anpassungspolitik der Kohl-Ära für die Zukunft Ostdeutschlands fortschreiben. **Wolfgang Thierse** hat mit seinen „Fünf The-

sen“ (3.1.2001) hierauf eine überzeugende Antwort all jenen auch in der SPD gegeben, die vor der Realität die Augen verschließen.

**Rudolf Hickel** fasste seine jüngste Analyse „Der Osten auf der Kippe“ wie folgt zusammen: „Erst wenn es gelingt, die eigene Wirtschaftskraft der *westdeutschen Norm anzugleichen*, baut sich diese fiskalische Abhängigkeit Ostdeutschlands ab. Das ist genau die Aufgabe, die es zu bewältigen gilt.“<sup>27</sup> (Hervorhebung von mir- K. M.)

\* \* \*

Die Memorandum-Gruppe wird – wie auch bisher - ihren Ehrgeiz nicht in kritischen Prognosen für Ostdeutschland erschöpfen, sondern weiterhin mit alternativen Vorschlägen für wirksame Maßnahmen die Politik dieser Bundesregierung zu einer erfolgreicherer „Strategie Ost“ zu bewegen suchen. Sie sieht sich hierbei in Solidarität auch mit gesellschaftlich aktiven Persönlichkeiten, Gruppen und Bewegungen, die kritisch-konstruktiv für diese Zielsetzung tätig sind, darunter mit dem parteiungebundenen *Arbeitskreis um Edelbert Richter* (MdB) „Perspektiven für Ostdeutschland“. So ist es gewiss kein Zufall, dass unter den Autoren des soeben erschienenen Buches aus diesem Arbeitskreis „Ostdeutschland eine abgehängte Region?“ (Junior Verlag Dresden 2001) auch einige der wichtigsten und/oder langjährigen Autoren der Memorandum-Gruppe vertreten sind.

---

#### Endnoten:

<sup>1</sup> Prof. Dr. Herbert Schui, „*Die ökonomische Vereinigung Deutschlands*“, Distel Verlag 1991

<sup>2</sup> ifo-Studien zur Strukturforchung, 1996, Nr. 22, S. 52 (Tabelle)

<sup>3</sup> Hier stelle ich gegenüber: 116,2 Mrd. DM Gesamtinvestitionen im Produzierenden Gewerbe Ost und 298,8 Mrd. DM Direktinvestitionen ins Ausland (ohne Finanzanlagen). Quellen: Bundesbankberichte; BMWi, „*Wirtschaftsdaten Neue Länder*“.

<sup>4</sup> Siehe auch: BMWi, „*Wirtschaftsdaten Neue Länder*“, Juli 2001, S. 8

<sup>5</sup> IWH, Sonderheft 3/2001, a.a.O. S. 73

<sup>6</sup> Ebenda, S. 83

<sup>7</sup> Ebenda S. 94 f.

<sup>8</sup> Ebenda S. 119

<sup>9</sup> „Im Jahre 1997 erzielten die (ostdeutschen) Unternehmen mit 500-999 Beschäftigten im Durchschnitt eine doppelt so hohe Produktivität wie die Unternehmen mit 20-49 Beschäftigten.“ Ebenda, S. 208

<sup>10</sup> Nach: St.BA. Wiesbaden, Fachserie 4, Reihe 4.1.2, S. 82 ff. und 94 ff. Produktivitätsindikator = Umsatz je Beschäftigten

<sup>11</sup> IWH, Sonderheft 3/2001, S. 269

<sup>12</sup> Ebenda S. 270

<sup>13</sup> Ebenda, S. 274

<sup>14</sup> Siehe die Publikationen der Memo-Gruppe sowie Edelbert Richter und der Arbeitskreis „Perspektiven für Ostdeutschland“: „*Wie kann die ostdeutsche Produktionslücke geschlossen werden?*“ Juni 2001, privater Sonderdruck

<sup>15</sup> BMWi, „*Wirtschaftsdaten neue Länder*“, Juli 2001, S. 20

- 
- <sup>16</sup> BMWi, ebda, S. 21
- <sup>17</sup> BMWi, ebda., S. 6 (Grafik)
- <sup>18</sup> BMWi, ebda., S. 21
- <sup>19</sup> Bundesfinanzministerium, „Achtzehnter Subventionsbericht“, S. 28
- <sup>20</sup> Rudolf Hickel / Jan Prieue, „Nach dem Fehlstart“, S. Fischer Verlag 1994, S. 275
- <sup>21</sup> Vergl. hierzu auch: Karl Mai in: „Neoliberalismus“, Distel Verlag 2000, S. 56 ff.
- <sup>22</sup> Nach DIW-Angaben wäre „ohne diese Lieferungen das westdeutsche Sozialprodukt ceteris paribus jedes Jahr um 6 bis 7 % niedriger gewesen.“ (DIW-Vierteljahresheft 2/2000, S. 202
- <sup>23</sup> Joachim Ragnitz, „Ostdeutsche Wirtschaft: Weiterhin Handlungsbedarf“, WSI-Mitteilungen 6/2001, S. 359 ff.
- <sup>24</sup> Bundesfinanzministerium, „Achtzehnter Subventionsbericht“, S. 28
- <sup>25</sup> Prof. Rüdiger Pohl, „Die Solidarpaktmittel reichen nicht aus“, „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 11.7.01; Dr. Joachim Ragnitz, „Ostdeutsche Wirtschaft: Weiterhin Handlungsbedarf“, WSI-Mitteilungen 6/2001, S. 359 ff
- <sup>26</sup> Rudolf Hickel, „Der Osten auf der Kippe“, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 10/2001, S. 1245
- <sup>27</sup> Rudolf Hickel, „Der Osten auf der Kippe“ in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 10/2001, S. 1244

## Literaturauswahl:

Neben den Veröffentlichungen der Memorandum-Gruppe, wie in Gliederungs-Pkt. 2 angeführt, sowie den auch im Text zitierten wissenschaftlichen Forschungsberichten, sind in sehr knapper Auswahl folgende neuere Titel empfehlenswert:

### 1. Bücher:

Fritz Vilmar (Hrsg.), "Zehn Jahre Vereinigungspolitik", trafo verlag 2000

Klaus Schröder, "Der Preis der Einheit. Eine Bilanz", Hanser 2000

Wolfgang Thierse u.a. (Hrsg.), „Zehn Jahre Deutsche Einheit“, Leske + Budrich 2000

Rudolf Hickel, "Die sozial-ökonomische Transformation Ostdeutschlands - Herausforderung auch an die kritische Wirtschaftswissenschaft", in: (Hrsg.), "Politik des Kapitals - heute", VSA 2000

Düvel/Scheibe/Stoll (Hrsg.), „Aufbau Ost“ Steidl 2001

Arbeitskreis „Perspektiven für Ostdeutschland“ (Hrsg.), „Ostdeutschland eine abgehängte Region?“, Junius Verlag Dresden, 2001

---

## 2. Forschungsberichte:

DIW, "Zehn Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion" in: "Vierteljahresheft" Nr. 2/2000

IWH, "Regionalanalyse Ostdeutschland etc.", in: IWH "Wirtschaft im Wandel", 2/2000

Rüdiger Pohl, "Die Unvollendete Transformation", in: IWH "Wirtschaft und Wandel", 8/2000

Hans-Werner Sinn, "Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung: Die Fakten", in: ifo-Schnelldienst, Nr. 26-27/2000

IWH, „Zehn Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven“ – Tagungsband, Sonderheft 2/2001

## 3. Bundesregierung:

Bundesregierung, "Jahresbericht 2000 zum Stand der Deutschen Einheit", Oktober 2000

## 4. Publizistik:

Karl Mai / Klaus Steinitz, "Chancen für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland" in: "Sozialismus" Heft 5/2000

Karl Mai, "Nach 10 Jahren Vereinigungsökonomie: Scheitern oder Vollendung der ostdeutschen Transformation?", in: "Sozialismus" Heft 10/2000

Fritz Vilmar, "Gegeninformation zur Vereinigungspolitik", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/2000

U. Busch /A. Schneider, "Zehn Jahre am Tropf" in: "Berliner Debatte INITIAL", Nr. 4/2000

Claus Noe, "Die große deutsche Illusion. Zehn Jahre Einheitspolitik - zehn Jahre ökonomische Täuschung", in: "Lettre international", Herbst 2000

Karl Mai / Edelbert Richter, „Eine ehrliche Bilanz zwingt zur Entscheidung“, privater Sonderdruck, September 2000

Wolfgang Thierse, „Fünf Thesen zur Vorbereitung eines neuen Aktionsprogramms für Ostdeutschland“, „Die Zeit“, 3. Januar 2001, siehe auch im Internet: [www.thierse-hat-recht.de](http://www.thierse-hat-recht.de)

Rudolf Hickel, „Der Osten auf der Kippe“ in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 10/2001

## 5. Sonderstudien:

---

„Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft“, Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Protokolle Nr. 3/99, September 1999

DGB, „10 Jahre Aufbau Ost – eine Zwischenbilanz“, DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 2/2000

Memo-Zirkular Nr. 27, „Zehn Jahre Aufbau Ost“, Memo-Forum, April 2000

„Ostdeutschland – der Aufschwung findet nicht statt“, in: AG „Alternative Wirtschaftspolitik“, „Memorandum 2000“, PapyRossa, Mai 2000

Klaus Steinitz / Wolfgang Kühn / Karl Mai, „Ostdeutschland 10 Jahre nach der Vereinigung – Wirtschaftliche Situation, Perspektiven, Schlussfolgerungen“ in: PDS-Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Heft 1-2/2001



Anlage:

Tabelle 2: Zuordnung von Ost-Sachkomplexen zu den Memoranden

<b>Sachkomplex / Schlagwort</b>	<b>1992</b>	<b>1993</b>	<b>1994</b>	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>
<b>In Memoranden nach Jahren:</b>										
Absatzhilfen Ost – Marktförderung		X		X	X					
Alternativen für Wirtschaftspolitik Ost			X			X	X	X	X	
Arbeitsmarkt Ost – Arbeitsmarktpolitik	X	X		X	X		X		X	
Arbeitszeitverkürzung Ost	X									
Armutslage und –perspektive	X	X	X	X						
Beschäftigungsgesellschaften	X									
Betriebsstruktur, -größen						X			X	
EU-Osterweiterung/Grenzregionen										X
Exportschwäche						X				
Finanzierung Ost – Transfers	X	X				X	X			X
Fördermaßnahmen - Förderpolitik		X		X	X					
Forschungs- u. Entwicklungspotential				X						
Gesamtlage, Stand und Tendenzen	X	X	X	X		X	X	X	X	
Industriepolitik – Leitideen/Chancen	X	X								
Investitionen		X						X	X	X
Investitionsanreize				X						
Investitionsschwäche Ost		X								
Konkurse Ost						X				
Länderfinanzausgleich		X								X
Landwirtschaft – Ländliche Räume					X					
Lohnkostenzuschüsse, -subventionen	X			X	X					
Perspektiv-Modellrechnung Ost								X		
Produktionslücke Ost – regionale					X					
Produktivitätsrückstand Ost						X				
Reale Einkommen	X	X			X					
Selbsttragender Aufschwung Ost		X								
Soziale Lage Ost		X							X	
Staatsverschuldung für Ostaufbau	X									
Treuhand-Ergebnisse/Bilanz	X		X							
Treuhand-Kritik	X									
Treuhand-Nachfolge				X						
Treuhandpolitik generell	X									
Wirtschaftsstruktur, regionale									X	
Wirtschaftszweige		X		X	X		X	X		
Wohnen und Mieten Ost					X					
<b>Memo-Foren zu Ostdeutschland *</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>				<b>X</b>	

\* ebenso für 1990 und 1991

Tabelle 3: Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung 1991 bis 2000

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Wachstum BIP NBL <sup>1</sup>	-19,2 <sup>s</sup>	9,5	11,9	11,4	4,4	3,2	1,2	1,0	1,4	1,1
Wachstum BIP ABL <sup>2</sup>	5,0	1,6	-2,3	1,3	1,4	0,5	1,4	2,2	1,6	3,2
BIP je Einwohner NBL/ABL in vH <sup>3</sup>	40,1	43,1	51,7	57,4	59,7	61,1	62,0	61,6	62,0	61,1
BIP je Erwerbstätigen NBL/ABL in vH <sup>4</sup>	34,6	48,3	59,5	64,3	65,1	67,1	67,7	67,3	67,5	68,5
West-Ost-Abstand BIP/Einwohner <sup>5</sup> in DM	28.135	26.246	22.026	19.560	18.708	17.720	17.815	18.394	18.486	19.480
Arbeitnehmerentgelt <sup>5a</sup> - verarbeit. Gewerbe	49,3 36,9	61,9 48,4	69,2 53,2	72,6 62,5	75,2 66,2	75,8 67,3	76,1 67,1	76,2 67,1	77,0 67,5	77,1 67,7
Lohnstückkosten Ge- samtwirtschaft <sup>6</sup>	142,5	128,2	116,3	112,9	115,5	113,0	112,4	113,2	114,1	112,6
Lohnstückkosten Verarb. Gewerbe <sup>6</sup>	204,7	173,5	136,1	135,0	132,9	123,7	115,3	110,9	107,3	104,3
Exportquote NBL <sup>7</sup>	k.A.	13,9	12,2	11,4	11,8	12,2	14,8	17,9	18,7	21,3
Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner, NBL/ABL	67,0	91,5	121,8	146,0	152,3	156,0	148,8	134,8	133,1	k.A.
Erwerbstätige NBL <sup>1</sup>	6.785	5.943	5.795	5.936	6.048	6.008	5.926	5.940	5.965	5.874
Arbeitslose <sup>8</sup>	913	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.364	1.375	1.227 <sup>9</sup>	1.244 <sup>9</sup>
Arbeitslosenquote <sup>8</sup>	11,1	15,4	15,1	15,2	14,0	15,7	18,1	18,2	16,8 <sup>9</sup>	17,1 <sup>9</sup>
Entlastung des Ar- beitsmarktes durch ar- beitsmarktpolitische Maßnahmen <sup>10</sup>	1.864	1.933	1.608	1.284	1.038	817	607	517	532	495 <sup>9</sup>

Nettotransfers in Mrd.	109,2	132,7	150,2	148,8	189,6	140,0	136,4	133,7	145,0	k.A.
in vH des BIP-Ost										
in vH des BIP-West	53,0	50,0	46,5	40,7	35,5	34,1	32,4	31,2	32,8	k.A.

S = Schätzung

1 Neue Bundesländer ohne Berlin

2 Alte Bundesländer mit Berlin

3 BIP in Preisen von 1995

4 BIP in jeweiligen Preisen

5 Absolute Differenz des realen BIP je Einwohner

5a je Arbeitnehmer in NBL (ohne Berlin) in vH ABL (mit Berlin), alle Wirtschaftsbereiche

6 NBL in vH ABL (mit Berlin); Ost-West-Relation der Arbeitnehmerentgelte/Ost-West-Relation der nominalen Erwerbstätigenproduktivität

7 NBL mit Ostberlin; Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe

8 NBL einschl. Ostberlin; nur gemeldete Arbeitslose

9 ohne Ostberlin

10 einschl. Ostberlin; Berechnung nach IAB

Quelle: Statistisches Bundesamt 2001; Bundesregierung 2000

Tabelle 4: Produktivitätslücke <sup>1</sup> in Ostdeutschland <sup>2</sup>, (Westdeutschland <sup>3</sup> = 100)

Wirtschaftsbereiche Ost	1991	1998	1999	2000
Bereiche insgesamt	34,6	67,3	67,5	68,5
darunter:				
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	42,6	99,0	101,0	102,6
Produzierendes Gewerbe, ohne Baugewerbe	24,1	67,2	68,9	71,0
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	18,0	60,5	62,9	64,9
Baugewerbe	49,4	72,7	71,1	68,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	43,1	67,0	67,1	66,6
Banken, Versicherungen,	30,0	69,2	70,0	73,4
Öffentliche und private Dienstleister	54,3	81,5	81,2	83,1
Nachrichtlich:				
Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	50,4	77,2	75,2	76,7

1) Nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, 2) Ohne Berlin. 3) Einschließlich Berlin

Quellen: IWH, Wirtschaft im Wandel, Nr. 7-8/2001, S. 182; BMWi, Wirtschaftsdaten neue Länder, lfd.

